

Cardosos zweite Amtszeit im Zeichen der globalen Krise: ökonomische Herausforderungen

Fritz, Barbara

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fritz, B. (1999). *Cardosos zweite Amtszeit im Zeichen der globalen Krise: ökonomische Herausforderungen*. (Brennpunkt Lateinamerika, 5). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444978>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 5

12. März 1999

ISSN 1437-6091

Cardosos zweite Amtszeit im Zeichen der globalen Krise Ökonomische Herausforderungen

Barbara Fritz

Lateinamerika-Institut, Freie Universität Berlin

Ist mit dem Absturz der brasilianischen Währung im Januar 1999 ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell gescheitert? Verwandeln sich die "emerging markets" in "submerging Markets"? Sind die lateinamerikanischen Volkswirtschaften durch die Liberalisierung und Außenöffnung krisenanfälliger geworden? War die Anbindung der brasilianischen Währung an den US-Dollar trotz der Erfolge bei der Inflationsbekämpfung letztlich ein Destabilisierungsfaktor, weil sie zu einer Überbewertung des Real führte und die brasilianische Handelsbilanz negativ beeinträchtigte? Der vorliegende Beitrag bietet eine kritische Sicht hinsichtlich der "Erfolge" bei der wirtschaftlichen Neuausrichtung Lateinamerikas in den 90er Jahren, die u.a. auf einem stetigen und hohen Kapitalzufluß aus dem Ausland und einem erneuten massiven Anstieg der Auslandsverschuldung basiert. Die vorgeschlagenen Rezepte (des IWF) zur Krisenbewältigung in Brasilien verheißen eine tiefe Rezession und Verstärkung der sozialen Schieflage, die das Land kennzeichnet.

Mit dem Absturz des brasilianischen Real im Januar 1999 ist mehr gestürzt als die Währung eines Landes: Ein Entwicklungsmodell der Dritten Welt ist gescheitert, für das Brasilien – die achtgrößte Ökonomie der Welt – ein Flaggschiff war. Mit dem international renommierten Soziologen Cardoso als Präsident hatte hier ein Modell Triumphe gefeiert, das versprach, die fatale Alternative Inflationsbekämpfung *oder* Wirtschaftswachstum zu überwinden.

Beides gleichzeitig sollte möglich sein, Stabilität *und* Entwicklung. Der Kunstgriff Brasiliens – wie auch anderer lateinamerikanischer Länder – bestand im Rahmen des *Plano*

Real seit 1994 in der Anbindung der Landeswährung an den US-Dollar. Ohne den Rahmen der seit Beginn der 90er Jahre vorherrschenden Liberalisierungspolitik zu verlassen, konnte man auf diese Weise kurzerhand die US-amerikanische Währungsstabilität ins eigene Land importieren – ohne Frage mit beachtlichem Erfolg. Die Wirtschaft verzeichnete Wachstumsraten, und nach einst vierstelligen Inflationsraten und einem halben Dutzend gescheiterter Stabilisierungspläne sank in Brasilien die Inflation innerhalb weniger Jahre auf unter fünf Prozent – was selbst Skeptikern Respekt abverlangte. Der Real, die von Cardoso geschaffene neue,

Aussagen von Fernando Henrique Cardoso zur Stabilität des Real

7. Dezember 1993: "Ohne den Fiskalausgleich und die definitive Neuordnung der öffentlichen Haushalte wird jede Anstrengung zur Bekämpfung der Inflation kurzlebig und zum Scheitern verurteilt sein." (Plano Fernando Henrique Cardoso, Exposição de Motivos 395, 7.12.1993. Revista de Economia Política, 14, 2(54) April-Juni 1994: 127)

29. November 1996: "Die Regierung wird den Wechselkurs nicht antasten. Wenn eine Währung abgewertet wird, zahlt das Volk, denn die Abwertung wird immer auf die Preise abgewälzt." (Folha de São Paulo)

4. Februar 1998: "Ich denke nicht daran, den Wechselkurs zu verändern. Ich werde ihn weder in dieser noch in der nächsten Amtszeit verändern." (Veja)

10. März 1999: "Wann immer man daran gedacht hätte (d.h. an eine Abwertung, A.d.R.), wären fünf von zehn Ökonomen für die eine, fünf für die andere Position gewesen, mitten im Gespräch aber hätten sich die ersten fünf für die andere Position und die letzten fünf für die erste Position ausgesprochen (...). Die Ökonomen sind ein notwendiges Übel. Du kannst nicht ohne sie leben, es gibt keinen Ausweg." (Istoé; <http://ww6.zaz.com.br/istoe/politica/153621.htm>)

stabile Währung, war das Programm, das den Präsidenten unschlagbar machte. "Ich bin gewählt, um den Real zu verteidigen", erklärte er nach seiner fulminanten Wiederwahl Ende letzten Jahres (siehe auch obigen Kasten mit Aussagen von F.H. Cardoso).

Jetzt hat die Währung seit ihrer Freigabe über 40% ihres Wertes verloren, Tendenz weiter ungewiß. Nun geht die Angst um. Nicht nur im Nachbarland Argentinien, wo man die Eins-zu-Eins-Parität des Peso zum Dollar sogar per Gesetz festschrieb, sondern in ganz Lateinamerika; der gesamte Kontinent droht, mit in den Strudel der Krise gerissen zu werden.

Die Regierungen beteuern dabei, daß ihre Ökonomien ganz zu Unrecht Opfer der internationalen Finanzkrise werden. Schließlich hätten sie ihre "Hausaufgaben" gemacht: Liberalisierung des Außenhandels und der Kapitalmärkte, freier Zugang für ausländische Direktinvestitionen, Privatisierung von Staatsunternehmen, Sparprogramme zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, *the same procedure as everywhere*. (Allerdings, so muß hier angemerkt werden, waren ganz offensichtlich in Brasilien die Anstrengungen in Sachen Fiskalpolitik nicht gerade von Erfolg gekrönt.) Auch der Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, spricht von einer "besonders grausamen Ungerechtigkeit: Brasilien und die anderen südamerikanischen Staaten haben es nicht verdient, durch die Schwierigkeiten anderer in Mitleidenschaft gezogen zu werden. (...) Diese Volkswirtschaften verfügen über erstklassige Basisdaten. Sie haben glänzende Zukunftsperspektiven."

Sie hatten, muß man wohl sagen. Derzeit werden in der ganzen Region die Prognosen

nach unten korrigiert. Nachdem Lateinamerika noch 1997 mit einem Wachstum von über fünf Prozent zu den am schnellsten wachsenden Regionen der Welt zählte, mußten die Wachstumserwartungen für dieses Jahr nun auf null Prozent oder noch darunter korrigiert werden. Für Brasilien erwartet inzwischen der Finanzminister des Landes, Pedro Malan, eine Rezession von 3,5 bis 4,5 Prozent; es geht jedoch die Furcht um, das BIP könnte in diesem Jahr um mehr als fünf Prozent schrumpfen.

Doch ist an der Krise, in die Lateinamerika gerade hineinschlittert, tatsächlich allein das *hot money* der Finanzjongleure schuld, die die Länder genauso schnell wieder fallen lassen, wie sie sie als "*emerging markets*" zuvor entdeckt haben? In diese Richtung zielt der jetzt vielfach zu hörende Ruf nach einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte. So plausibel diese Argumentation ist, sie blendet jedoch eines völlig aus: den eingeschlagenen Entwicklungsweg der lateinamerikanischen Länder selbst zu hinterfragen. Und hier liegt die Crux. Denn die verfolgte Strategie der Liberalisierung bei gleichzeitiger Währungsanbindung fußt ja ganz essentiell darauf, daß man immer größere Mengen internationalen Kapitals ins Land locken kann. Nur: Damit ist es auch ganz unvermeidlich, daß die Ökonomien hochgradig krisenanfällig sind, wenn dieses Kapital dann abgezogen wird – sei es durch internationale Finanzkrisen, spekulative Attacken oder schlicht durch bessere Profitmöglichkeiten andernorts. So ist die Asienkrise nicht, wie so gerne gesagt wird, die Ursache für den Absturz in Lateinamerika; sie hat vielmehr die der Strategie inhärenten Probleme offengelegt.

Ein Land der Dritten Welt praktisch mit einer Währung der Ersten Welt auszustatten, wie es die Anbindung an den US-Dollar verspricht, ist verlockend, hat jedoch – gerade in einem Land wie Brasilien mit seiner Vergangenheit der langandauernden, chronischen und sehr hohen Inflation – einen hohen Preis: Eine harte Geldpolitik sowie die explizite Überbewertung der Währung sind die notwendige Folge. Damit aber wird ein rasanter Verschuldungsprozeß in Gang gesetzt.

Die Ergebnisse des *Plano Real* sind dafür ein gutes Beispiel: Zum einen kamen mit der Überbewertung eine Flut nun billig gewordener Importe ins Land, während es die verteuerten Exporte am Weltmarkt schwerer hatten. Die Handelsbilanz, die seit dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre fast immer positiv gewesen war und über einige Jahre sogar sehr hohe Überschüsse auswies, verkehrte sich schon wenige Monate nach Einführung des *Real* ins Negative.

Zum anderen wurde mit der Öffnung des Kapitalmarkts das Aufnehmen von ausländischen Krediten für Unternehmen und Konsumenten überaus attraktiv – mit dem Ergebnis, daß sich die private Auslandsverschuldung Brasiliens in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt hat. Das rasch wachsende Loch in der Leistungsbilanz konnte durch Kapitalimporte finanziert werden, da die hohen Zinssätze des "aufstrebenden Marktes" diesen für Kapitalanleger jeder Art interessant machten, so daß die Zentralbank genügend Devisen sammeln konnte, um den überbewerteten Wechselkurs zu garantieren.

Daß das Leistungsbilanzdefizit auf über vier Prozent des BIP seit 1997 angestiegen ist, stellt in der offiziellen Argumentation jedoch kein Problem dar: Nicht die Höhe dieses Defizits sei entscheidend, sondern vielmehr die Form und vor allem die Fristigkeit der Finanzierung dieses Defizits, so wiederholten die Regierungsvertreter immer wieder. Dank der massiven Beschleunigung des Privatisierungsprogramms sowie dem hohen Zustrom von Direktinvestitionen stieg der Anteil des langfristigen Kapitals an der Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits tatsächlich auf stolze 75% im September 1998 – und gerade in diesem Monat setzte die Kapitalflucht ein, die schließlich im Januar diesen Jahres, nachdem US-Dollar 25 Mrd. das Land verlassen hatten, die Freigabe des Wechselkurses erzwang. Daran ist abzule-

sen, daß, wenn ein Land aufgrund seines Defizits von Kapitalimporten abhängig ist und einen Vertrauensverlust erleidet, Form und Fristigkeit der zuvor erfolgten Kapitalimporte irrelevant werden. Denn die dann einsetzende Flucht aus der Währung muß von der Zentralbank mit den Devisen bedient werden, die sie vorrätig hat, solange diese den Wechselkurs verteidigen will.

Das Ergebnis ist fatal: Die gesamte Auslandsverschuldung des Landes stieg von US-Dollar 115,5 Mrd. im Jahr 1989 auf US-Dollar 228,2 Mrd. Mitte 1998 (s. **Grafik 1**). Mag die Schuldenkrise Lateinamerikas vielen als Problem der 80er Jahre gelten und das Thema derzeit "out" sein – die Entwicklung wird dadurch nicht minder dramatisch.

Parallel zur Auslandsverschuldung ist auch die Binnenverschuldung des brasilianischen Staates massiv angestiegen. Seit Beginn des *Plano Real*, also innerhalb von nur vier Jahren, hat sich die öffentliche Verschuldung in einheimischer Währung mehr als verdoppelt: Sie ist seit Dezember 1994 von 109 Milliarden Real (20% des BIP) auf 237 Mrd. Real (36% des BIP) im Dezember 1998 gestiegen. Erst durch das hohe öffentliche Defizit sei Brasilien in das Fadenkreuz der spekulativen Finanzinvestoren geraten, argumentiert denn auch der IWF, wenn er darauf beharrt, daß das Problem nur durch eine "falsche Umsetzung der an sich richtigen Politik" entstanden sei.

Richtig daran ist ohne Zweifel, daß es das nominale Defizit in Höhe von 7% (des BIP) war, das zum Zeitpunkt der Rußlandkrise die massive Flucht aus der brasilianischen Währung auslöste und das den vom IWF koordinierten Stützungskredit notwendig machte (s. **Grafik 2**). Doch wie die Auslandsverschuldung ist auch die interne Verschuldung nicht allein durch "Mißmanagement" oder mangelnde "Disziplin" der brasilianischen Regierung zu erklären. Für die deutliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen seit Beginn des *Plano Real* gibt es tatsächlich eine ganze Reihe von Gründen: Natürlich ist diese Entwicklung teilweise durch eine wenig rigorose Fiskalpolitik und den fehlenden Willen von Regierung und Parlament zu einschneidenden Reformen zu erklären. Die Unwilligkeit der nationalen Elite, sich besteuern zu lassen, ist notorisch, und Probleme des föderalen Ausgleichs zwischen Zentralstaat und Bundesstaaten haben sich in letzter Zeit zuge-spitzt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist jedoch auch die Verschlechterung der

Haushaltslage durch den Übergang von extrem hohen zu sehr niedrigen Inflationsraten. Diese erklärt sich dadurch, daß vor der Stabilisierung des Preisniveaus nicht nur private Kontrakte, sondern auch die öffentlichen Finanzen einen weitgehenden Anpassungsprozeß an die Bedingungen der hohen Inflation durchliefen. Mit der Stabilisierung wurde also ein potentiell hohes Defizit virulent, das bis zur Beendigung der Inflation dadurch unterdrückt worden war, daß nominale Beträge erst dann ausgezahlt wurden, wenn ihr realer Wert hinreichend gesunken war. Auf diese Weise läßt sich das Phänomen erklären, daß zu Beginn der 90er Jahre, also just in der Phase extrem hoher Inflation in Brasilien und einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, die öffentlichen Haushalte tendenziell einen Überschuß auszuweisen vermochten, der sich mit der Stabilisierung in ein Defizit verkehrte.

Der dramatische Anstieg des öffentlichen Defizits ist aber, neben diesen Faktoren, auch logische Folge eines Stabilisierungsmodells via Wechselkursanker: Um das aufgrund der Überbewertung gestiegene Außendefizit finanzieren zu können, mußte Brasilien den internationalen Investoren attraktive Zinssätze bieten; und je knapper das Kapitalangebot in Krisenzeiten, wie beispielsweise während der Asienkrise, wurde, um so höher mußten die Zinssätze geschraubt werden (s. **Grafik 3**). Während in den letzten Jahren in "normalen" Zeiten der nominale Zinssatz bei etwa 20% lag - bei einer Inflation, die im letzten Jahr weniger als vier Prozent betrug -, mußte er in Krisenphasen wiederholt auf 40% und mehr erhöht werden. Diese Erhöhung des an sich schon sehr hohen Zinsniveaus hat sich jeweils unmittelbar und dramatisch im staatlichen Schuldendienst niedergeschlagen, da die brasilianischen Staatsschuldtitel kurzfristig und in der Regel flexibel verzinst sind.

Wenn Überbewertung das Problem war, ist dann Abwertung die Lösung? Ist der jüngste Sturz der brasilianischen Währung gar eine erfreuliche Kurskorrektur, die, wenn auch etwas crash-artig, die längst fällige Abwertung vollzieht und damit neue Perspektiven für Wachstum und Entwicklung eröffnet? Genau hierauf setzten in den ersten Tagen nach der Freigabe des Wechselkurses Gewerkschaften und Unternehmer, die politische Opposition und selbst Teile der Regierung, die sich davon eine Wiederbelebung des Binnenmarkts erhofften.

Doch grundsätzlich stehen einer solchen Abwertungsstrategie formidable Probleme im Weg. Mit der Abwertung wiegt die hohe Auslandsverschuldung noch schwerer als zuvor: Jetzt müssen für jeden zu zahlenden US-Dollar über 45% mehr an Landeswährung aufgebracht werden. Dies ist nicht nur für diejenigen privaten Unternehmen fatal, die sich unabgesichert in US-Dollar verschuldet haben und nun in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Mindestens ebenso hart trifft dies den Staat, der seit dem Ausbruch der Asienkrise aus zwei Gründen 30% seiner einheimischen Verbindlichkeiten in Staatsschuldtitel umgewandelt hat, deren Wert an den Wechselkurs gebunden ist: Zum einen konnte die Verzinsung dieser *bonds* wegen des Wegfalls des Wechselkursrisikos etwas niedriger ausfallen, und zum anderen wollte der Staat damit ein Zeichen setzen, daß er unter allen Umständen bereit sei, eine Abwertung zu verhindern, weil sonst die Kosten dieser Maßnahme auf ihn selbst zurückfallen würden. Und das tun sie jetzt, wo die Aufgabe des Wechselkursankers unvermeidlich wurde: Nach vorläufigen offiziellen Angaben erhöht sich die Staatsschuld allein aufgrund der Verteuerung der wechselkurs-indexierten Staatstitel um 40 Milliarden Reais.

Vor allem aber steht mit der Aufgabe des Wechselkursankers nun eine Inflationsbekämpfung der orthodoxen Art ins Haus: Rezession. Denn der IWF hat unmittelbar nach der Abwertung eine konsequente Hochzinspolitik zur zentralen Bedingung seiner weiteren Unterstützung gemacht, die zwar die Inflation hemmt, die aber auch die Wirtschaft abwürgt. Prompt setzte die brasilianische Zentralbank den Leitzinssatz von bereits sehr hohen 29% auf schwindelerregende 49,75% hoch - und der Kurs der brasilianischen Währung fiel in Erwartung der schweren Rezession ins Bodenlose. Der Spielraum für alternative wirtschaftspolitische Ansätze - seien es Kapitalimportkontrollen, eine gezielte Industriepolitik oder insgesamt eine stärkere Binnenmarktorientierung - ist durch die Krise trotz Abwertung zunächst einmal keineswegs gewachsen, sondern geringer geworden.

Noch im Oktober letzten Jahres organisierte der IWF in Zusammenarbeit mit der US-Regierung, Weltbank, Interamerikanischer Entwicklungsbank und weiteren anderen Industrieländern einen präventiven Kredit für Brasilien in Höhe von mehr als US\$ 41,5 Mrd., um die seit September stattfindende Kapitalflucht zu stop-

pen und eine Abwertung der brasilianischen Währung zu verhindern; eine erste Tranche von US\$ 9 Mrd. wurde noch Ende letzten Jahres ausgezahlt. Bedingung für diesen Kredit war die Beibehaltung des Wechselkursankers, vor allem aber eine Verringerung des öffentlichen Defizits mit klaren Zieldaten für die kommenden Jahre gewesen. Bis zum offenen Ausbruch der Krise hatte das Parlament tatsächlich auch schon über einen großen Teil der erforderlichen Sparmaßnahmen abgestimmt – doch alle Anstrengungen waren offensichtlich zu wenig (vgl. zum aktuellen Stand des sogenannten "Fiskalausgleichs" **Tabelle 1**). Daß ein Provinz-Gouverneur, der ehemalige Staatspräsident Ita

mar Franco Anfang Januar 1999, gegenüber der Zentralregierung ein vorübergehendes Moratorium erklärte, schien den Finanzmärkten ein klares Zeichen dafür zu sein, daß der Präsident Cardoso die politische Lage nicht ausreichend unter Kontrolle habe, um eine konsequente Austeritätspolitik realisieren zu können. Und prompt verstärkte sich der Kapitalabfluß (s. **Grafik 4**), so daß sich die Zentralbank schließlich gezwungen sah, das Handtuch zu werfen und ab 15.1.99 den Real frei floaten zu lassen, nachdem eine Miniabwertung von acht Prozent innerhalb von zwei Tagen katastrophale Ergebnisse gebracht hatte.

Tabelle 1: Maßnahmen zur Sanierung der Staatshaushalte
(mit dem IWF verabredet im Oktober 1998, Stand: 28.1.1999)

Einsparungen und zusätzliche Einnahmen in Mrd. R\$	Mrd. R\$
I. Verabschiedet zwischen Nov. 1998 und Januar 1999: 95,2% bzw. R\$ 26,1 Mrd.	
Rentenreform (Dezember 1998)	3,0
Verwaltungsreform	0,5
Gerichtlich hinterlegte Steuerzahlungen	4,6
Erhöhung der Unternehmensabgaben für die soziale Sicherheit (COFINS)	1,4
Erhöhung der Finanztransaktionssteuer IOF	1,9
Erhöhung der Sozialabgabe auf den Nettogewinn	2,1
Vorgezogene Privatisierungserlöse (Telebrás)	1,4
Erhöhung bzw. Einführung eines Rentenbeitrags für Bedienstete und Rentner des öffentlichen Dienstes (Jan. 1999)	2,5
Haushaltskürzungen (27.1.1999)	8,7
II. Bis März 1999 noch zu verabschieden: 4,8% bzw. R\$ 1,3 Mrd.	
Zusätzliche Steuer- und Abgabenerhöhungen	1,3
Erhöhung der "Schecksteuer" von 0,2 auf 0,38% (zusätzlich)	7,3

Quelle: O Globo, 28.1.1999: 3

Da der IWF die Krise Brasiliens damit erklärt, daß bislang die Strukturreformen und Liberalisierungsprogramme nicht konsequent genug durchgeführt worden seien, sind seine Rezepte nun entsprechend: *more of the same*, aber härter. Brasiliens Finanzminister verkündete noch in Washington, wohin er gleich nach der erzwungenen Freigabe des Wechselkurses in aller Eile gereist war, per 7-Punkte-Programm die *Essentials* des IWF als die neue Politik seiner Regierung: Restriktive Geldpolitik, verschärfte Sparmaßnahmen, die Privatisierung soll

beschleunigt werden, auch das Gesundheitssystem soll nun unter den Hammer kommen etc. Die "schönste aller Welten", in der Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum Hand in Hand gingen, hat sich ausgeträumt.

Eine Mission des IWF hat nun mit der brasilianischen Regierung Details des verschärften Krisenprogramms abgesprochen (das Übereinkommen ist im Internet abrufbar unter <http://www.imf.org/external/np/loi/1999/-030899.htm>): Um die höheren Staatsausgaben aufgrund der Zinserhöhung auszugleichen, soll

nun der primäre Überschuß (bei dem der Schuldendienst nicht eingerechnet ist) für das laufende Jahr nicht mehr 2,6%, sondern 3,1 bis 3,26% betragen (vgl. **Tabelle 2**). Das heißt, daß jetzt Ausgaben auch im Gesundheits- und Bildungsbereich drastisch zusammengestrichen werden, damit der Staat seine Gläubiger mit höheren Zinszahlungen bedienen kann, und dies bei sinkenden Steuereinnahmen aufgrund der jetzt schon einsetzenden scharfen Rezession. Auch deshalb auch soll das Privatisierungsprogramm noch einmal erweitert und beschleunigt werden: Nicht nur Energieversorger und -verteiler, sondern auch Wasserwerke etc. und mindestens eine der beiden großen staatlichen Banken *Banco do Brasil* und *Caixa*

Econômica sollen unter den Hammer; Gerüchte um den Verkauf des Ölkonzerns Petrobrás sind vorläufig wieder verstummt. Und all das, um die Inflation trotz der Maxiabwertung in diesem Jahr unter zwanzig Prozent zu halten.

Wurden bisher die sozialen Kosten der Anpassungsmaßnahmen mit dem Versprechen auf ein langfristig erfolgreiches Wirtschaftsmodell erkaufte, gibt es sie jetzt pur als Krisenmanagement. Die anfänglichen leichten Einkommenszuwächse für die Ärmsten in Brasilien aufgrund der Beendigung der Inflation sind längst wieder weggeschmolzen, und die Arbeitslosigkeit in den Städten explodiert: Das staatliche Statistikamt IBGE erwartet einen Anstieg der Arbeitslosenquote, die noch vor Ausbruch der Asienkrise 1997 bei 5,6% lag, auf 9,5% in diesem Jahr. Das gewerkschaftsnahe Institut DIEESE, das bei seinen Messungen den informellen Sektor mit einbezieht, kommt derzeit auf eine schwindelerregende Rate von 18,3% für die Industrieregion São Paulo, womit sich die Zahl der Arbeitslosen unter der Regierung Cardoso um 48% erhöht hat.

Tabelle 2: Eckwerte des mit dem IWF neu verhandelten Abkommens (8.3.1999)

	1999	2000	2001
Primärüberschuß der öffentlichen Hand (1)	3,10	3,25	3,26
davon:			
Zentralregierung	2,30	2,65	2,60
Bundesstaaten und Municipien	0,40	0,50	0,65
Staatsunternehmen	0,40	0,10	0,10
Öffentliche Schuldenquote (1)	49,30	47,40	44,30
Inflation (2)	16,80	6,50	5,20
Nomineller Wechselkurs (R\$/US\$)	1,70	1,77	1,84
Nomineller Zinssatz (2) (4)	28,80	16,60	13,70
Reales BIP-Wachstum (%)	-3,5/-4	3,5/4	4,5/5
Handelsbilanzsaldo	11	---	---

(1) in % des Bruttoinlandsprodukts

(2) Jahresdurchschnitt

(3) Jahresendwert

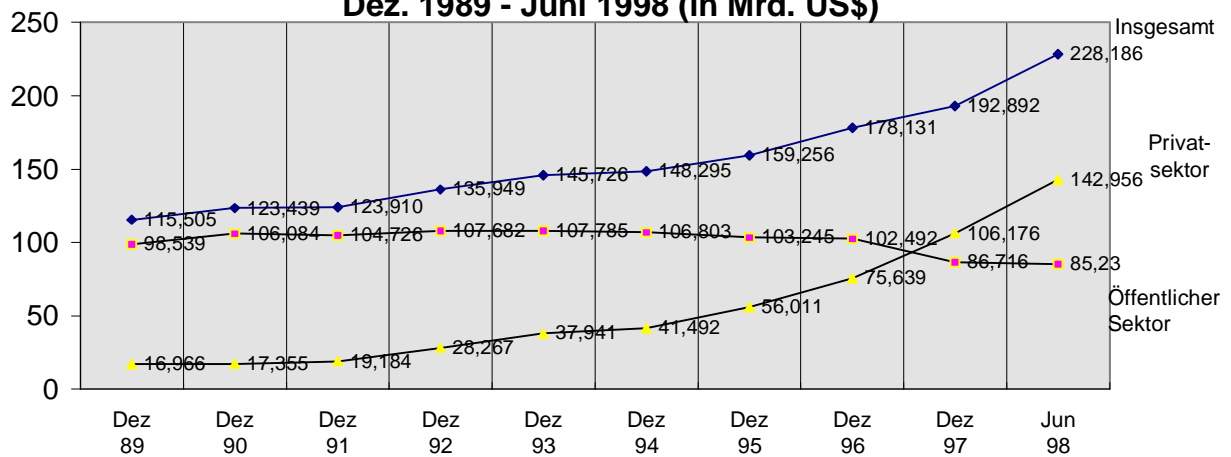
(4) Selic (mittlerer Interbankensatz für Tagesgelder)

Quelle: Wirtschaftspolitisches technisches Memorandum zwischen Brasilien und dem IMF. In: Neue Zürcher Zeitung 10.3.99

(<http://archiv.nzz.ch/books/nzzheute/0/541638T.html>)

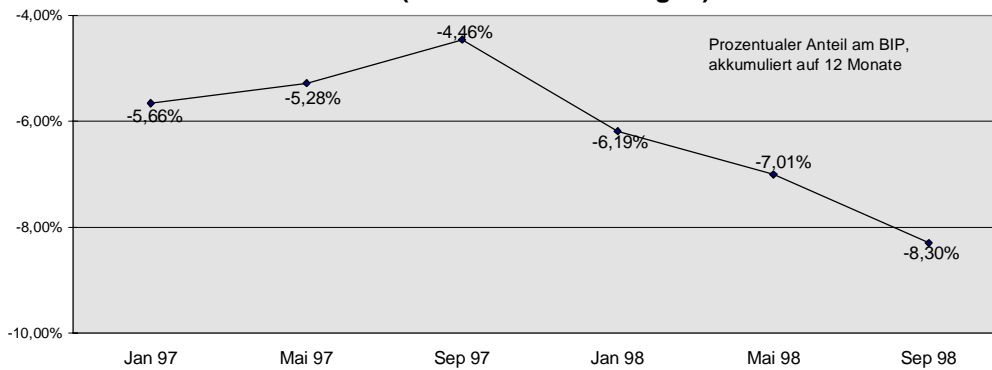
Nachdem die 80er Jahre zum "verlorenen Jahrzehnt" Lateinamerikas erklärt worden sind, macht angesichts der neuen Runde von Rezession und Strukturanpassung nun das böse Wort von den "*submerging markets*", den absaufenden Märkten, die Runde. Man muß solchem Untergangszynismus nicht das Wort reden. Doch wenig spricht dafür, daß das Entwicklungsmodell der liberalen Stabilisierung und Modernisierung, das in den 90er Jahren so machtvoll Einzug hielt und das in dem Soziologen Cardoso seinen brilliantesten Vertreter hatte, seinem Versprechen auf "nachholende Entwicklung" der Länder der Dritten Welt gerecht werden kann.

**Grafik 1: Öffentliche und private Auslandsverschuldung
Dez. 1989 - Juni 1998 (in Mrd. US\$)**

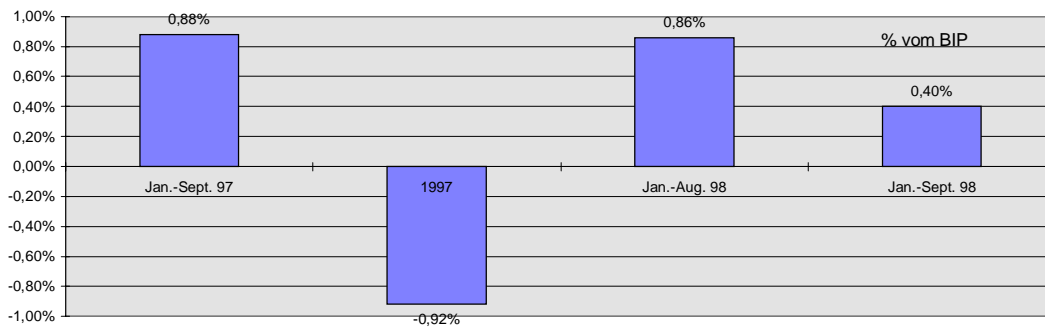


Quelle: Banco Central. In: O Globo, 22.11.1998, S. 39

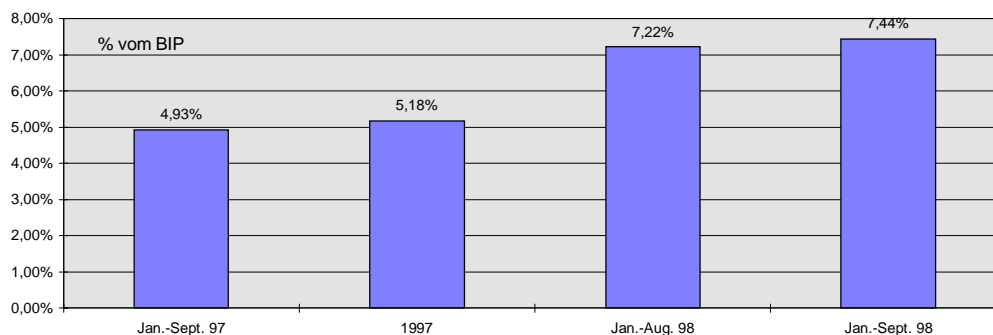
**Grafik 2a) Defizit des Staatshaushalts
(einschl. Zinszahlungen)**



Grafik 2b) Defizit/Überschuß ohne Zinszahlungen

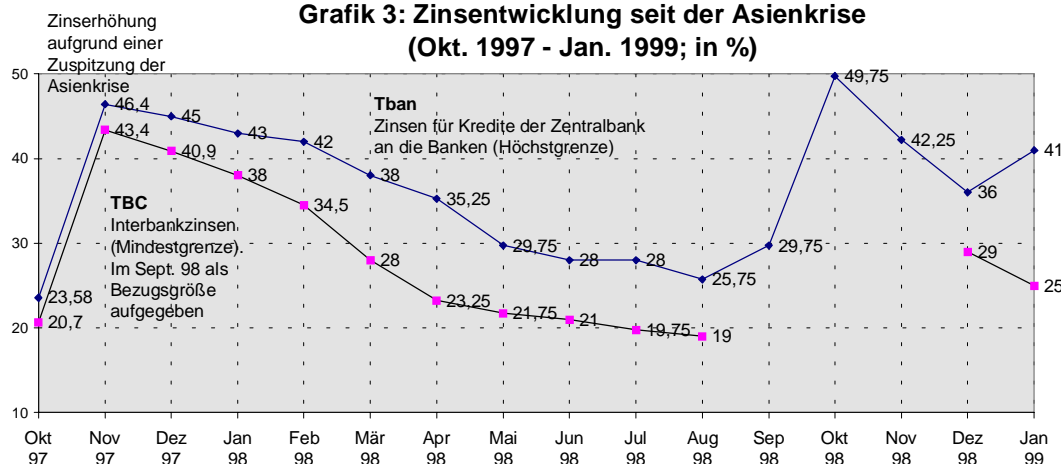


Grafik 2c) Anteil der Haushaltsposition 'Zinszahlungen' am BIP



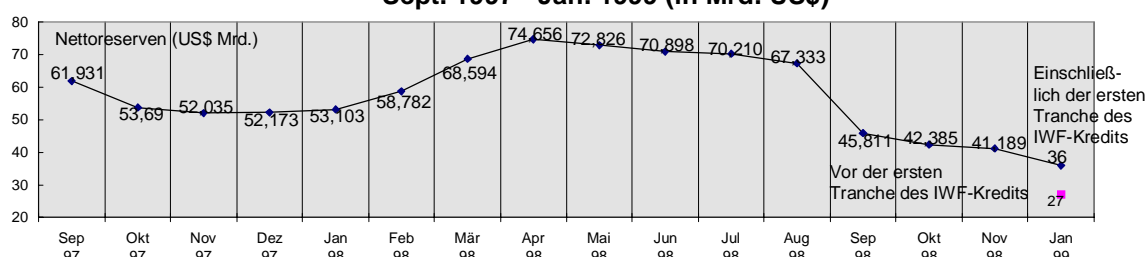
Quelle: O Globo, 31.12.1998, S. 25

**Grafik 3: Zinsentwicklung seit der Asienkrise
(Okt. 1997 - Jan. 1999; in %)**



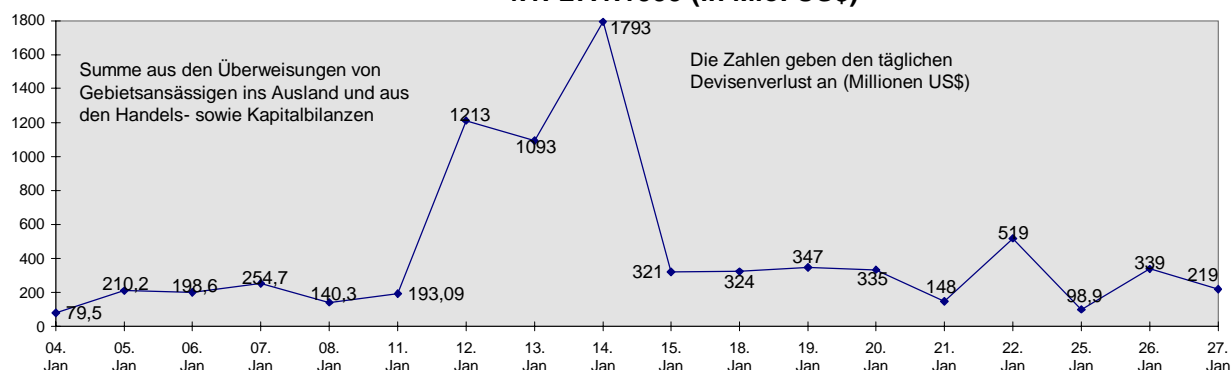
Anmerkung.: Nov. 1997 und Jan. 1999: Erhöhung/Senkung nach einer außerordentlichen Sitzung des COPOM-Ausschusses
Quelle: O Globo, 19.1.1999, S. 21

**Grafik 4.1: Entwicklung der Devisenreserven
Sept. 1997 - Jan. 1999 (in Mrd. US\$)**



Quelle: Zentralbank und Marktangaben

**Grafik 4.2: Täglicher Kapitalabfluß
4.1.-27.1.1999 (in Mio. US\$)**



Quelle: Marktangaben, in: O Globo, 28.1.1999, S. 2

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Schriftleitung: Detlef Nolte; Redaktion dieser Ausgabe: Gilberto Calcagnotto/Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbockel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/iik>

